

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Ostrowski, Monika Balt, Heidemarie Ehlert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3468 –**

Höhe der Staatsverschuldung in den Jahren 1997 bis 2000 und Prognose der weiteren Entwicklung

Vorbemerkung

Eine zentrale Aufgabe der Finanzpolitik ist die Wiederherstellung und nachhaltige Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates. Vor allem der Bundeshaushalt wurde durch die bis 1998 immer stärker steigende Zinsbelastung als Folge einer übermäßigen Schuldenzunahme gefährdet. Der konsequente Konsolidierungskurs der neuen Bundesregierung im Rahmen des Zukunftsprogramms 2000 wird jedoch ein weiteres Ausufern der Verschuldung verhindern. Zusammen mit einem Sparkurs von Ländern und Gemeinden lassen sich so neue Spielräume für einen aktivierenden Staat gewinnen.

Eine weiterhin sparsame Haushaltspolitik bleibt deshalb eine Daueraufgabe. Ziel des Bundes ist es, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen. Nach 2006 muss die Verschuldung des Bundes schrittweise abgebaut werden.

Dies ist ein zentraler Beitrag der Finanzpolitik zur Solidarität mit den nachfolgenden Generationen. Unseren Kindern und Enkeln darf kein überbordender Schuldenberg hinterlassen werden, der Wachstum und Investitionen behindert.

Die notwendige Haushaltskonsolidierung ist zudem ein Gebot der internationalen Solidarität im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Länder der Eurozone haben sich im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verpflichtet, mittelfristig ihre Haushalte nahe zum Ausgleich oder sogar zu Überschüssen zu bringen. Durch gemeinsame Anstrengungen für eine langfristig tragfähige Finanzlage in der Eurozone wird zudem die Basis für eine dauerhafte Geldwertstabilität und günstige gesamtwirtschaftliche Bedingungen geschaffen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. Juli 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Allgemeine Hinweise

Die Angaben entsprechen dem Stand der Beratungen im Finanzplanungsrat am 15. Juni 2000 unter Berücksichtigung des Kabinettsbeschlusses über den Entwurf des Bundeshaushalts 2001 und den Finanzplan 2000 bis 2004 vom 21. Juni 2000.

Vergangenheitsbezogene Angaben über die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstände der verschiedenen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts beruhen auf den finanzstatistischen Erhebungen der amtlichen Statistik. Die Ergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt unter anderem in seiner Fachserie 14, insbesondere Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte“, Reihe 3 „Rechnungsergebnisse“ und Reihe 5 „Schulden der öffentlichen Haushalte“, veröffentlicht. Der Beantwortung liegt der letzte Stand der amtlichen statistischen Informationen zugrunde.

Abweichungen in den Summen insbesondere in den tabellarischen Darstellungen erklären sich durch das Runden der Zahlen. Werte ohne dezimale Nachkommastellen sind Schätzungen. Ein Punkt in den Tabellen und Übersichten bedeutet „kein Nachweis möglich“, ein Strich „nichts vorhanden“, eine Null „mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle dargestellt wird“, und „x“ bedeutet „keine sinnvolle Angabe möglich“.

1. Wie hoch beziffert sich die Staatsverschuldung seit 1990 (nach Jahren)?

Die Entwicklung der öffentlichen Schulden seit 1990 ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

Jahr	Schuldenstand (Mrd. DM) ¹⁾
1990	1.048,8
1991	1.165,5
1992	1.329,7
1993	1.497,2
1994	1.643,1
1995	1.974,1
1996	2.091,3
1997	2.188,7
1998	2.256,4
1999	2.313,9 ²⁾

¹⁾ Stichtag jeweils 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen). Bis 1991 einschließlich Krankenhäuser.

²⁾ Vorläufig.

2. Wie hoch beziffert sich die Nettokreditaufnahme
 - des Bundes
 - der Länder (getrennt nach Ost und West)
 - der Gemeinden (getrennt nach Ost und West)

- der Zweckverbände
- des ERP-Sondervermögens
- des Fonds „Deutsche Einheit“
- des Erblastentilgungsfonds
- des Entschädigungsfonds
- des Bundeseisenbahnvermögens
- des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie
- des öffentlichen Gesamthaushaltes

in den Jahren 1997 bis 2000 und wie wird sie sich nach Schätzung der Bundesregierung in den o. g. Positionen in den Jahren 2001 bis 2003 entwickeln?

Die für die Jahre 1997 bis 1999 gewünschten Angaben enthält die folgende Tabelle. Für 2000 sind – außer beim Bund – Finanzierungsdefizite dargestellt.

Nettokreditaufnahme¹⁾ der öffentlichen Haushalte 1997 bis 2000 (Mrd. DM)

	1997 ⁴⁾	1998 ⁵⁾	1999 ⁵⁾	2000 ¹⁾
Bund	63,7	56,4	51,1	49,5
Länder (West) ²⁾	28,7	19,5	4,9	14
Länder (Ost) ²⁾	12,8	10,1	5,9	6 ½
Gemeinden (West)	3,0	0,5	- 0,1	- 1 ½
Gemeinden (Ost)	1,7	1,0	0,5	0
ERP-Sondervermögen	- 0,5	0,5	- 2,8	6 ½
Fonds „Deutsche Einheit“	- 3,3	- 0,7	- 0,7	½
Erblastentilgungsfonds	- 6,7	- 24,2	- 9,5	- 1
Entschädigungsfonds	–	–	–	0
Bundeseisenbahnvermögen	- 0,5	- 0,0	–	0
Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleinsatzes	0,1	0,7	0,5	0
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹⁾	99,1	63,9	49,4	72
<u>nachrichtlich:</u>				
Zweckverbände ³⁾	0,4	•	•	•

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Für 2000 sind – außer beim Bund – Finanzierungsdefizite dargestellt.

²⁾ Länder (West) einschließlich West-Berlin, Länder (Ost) einschließlich Ost-Berlin.

³⁾ Zweckverbände werden nur von der Rechnungsstatistik (liegt bis 1997 vor) erfasst.

⁴⁾ Ergebnisse der Rechnungsstatistik.

⁵⁾ Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik.

Im Rahmen der finanzwirtschaftlichen Projektionen des Bundesministeriums der Finanzen werden die Ausgaben und Einnahmen der Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts geschätzt. Aus der Differenz beider Größen ergibt sich der Finanzierungssaldo. Die Nettokreditaufnahme als der extern zu finanzie-

rende Teil des Finanzierungsdefizits bleibt in der Projektion unberücksichtigt. Die projizierten Finanzierungssalden für die Jahre 2001 bis 2003 werden in der Antwort zu Frage 3 wiedergegeben.

3. Wie werden sich nach Schätzung der Bundesregierung Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo für
- den Bund
 - die Länder (getrennt nach Ost und West)
 - die Gemeinden (getrennt nach Ost und West)
 - die Sonderrechnungen des Bundes
- in den Jahren 2001 bis 2003 entwickeln?

Die Angaben werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Entwicklung der öffentlichen Haushalte 2001 bis 2003

	2001	2002	2003
	- Mrd. DM -		
I. Ausgaben			
Bund	478 ½	487 ½	495
Länder (West)	380 ½	388	396 ½
Gemeinden (West)	237	241	245 ½
Länder (Ost)	118 ½	118 ½	119 ½
Gemeinden (Ost)	51	51 ½	52
Sonderrechnungen des Bundes ¹⁾	83 ½	83	83
Öffentlicher Gesamthaushalt	1.179	1.194	1.214
II. Einnahmen			
Bund	432 ½	445	464
Länder (West)	358	368 ½	380 ½
Gemeinden (West)	235	242	245 ½
Länder (Ost)	110	113 ½	116
Gemeinden (Ost)	50 ½	52	52
Sonderrechnungen des Bundes ¹⁾	82 ½	86	85
Öffentlicher Gesamthaushalt	1.098 ½	1.132	1.167 ½
III. Finanzierungssaldo			
Bund	- 46 ½	- 43	- 31
Länder (West)	- 22 ½	- 20	- 16
Gemeinden (West)	- 2	+ ½	+ ½
Länder (Ost)	- 8 ½	- 5	- 3 ½
Gemeinden (Ost)	- ½	+ ½	+ 0
Sonderrechnungen des Bundes ¹⁾	- 1 ½	+ 3	+ 2
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 81	- 62	- 46 ½

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ EU-Anteile, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Steinkohle-fonds, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds und Versorgungsrücklage des Bundes.

4. Wie werden sich nach Schätzung der Bundesregierung Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo für die einzelnen Sonderrechnungen des öffentlichen Gesamthaushaltes in den Jahren 2001 bis 2003 entwickeln?

Die Angaben werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Entwicklung der Sonderrechnungen des Bundes 2001 bis 2003

	2001	2002	2003
	- Mrd. DM -		
Fonds „Deutsche Einheit“			
Ausgaben	5 ½	4 ½	3 ½
Einnahmen	9 ½	9 ½	9 ½
Finanzierungssaldo	+ 4	+ 5	+ 6
Erblastentilgungsfonds			
Ausgaben	1	½	½
Einnahmen	2	4	½
Finanzierungssaldo	+ 1 ½	+ 4	+ ½
ERP-Sondervermögen			
Ausgaben	13 ½	14	14 ½
Einnahmen	7	8	9 ½
Finanzierungssaldo	- 6 ½	- 6	- 5
Bundeseisenbahnvermögen			
Ausgaben	18	17 ½	17
Einnahmen	18	17 ½	17
Finanzierungssaldo	+ 0	+ 0	+ 0
Steinkohlefonds			
Ausgaben	0	0	0
Einnahmen	0	0	0
Finanzierungssaldo	- 0	- 0	- 0
Lastenausgleichsfonds			
Ausgaben	½	½	½
Einnahmen	½	½	½
Finanzierungssaldo	- 0	- 0	+ 0
Entschädigungsfonds			
Ausgaben	½	½	0
Einnahmen	½	½	0
Finanzierungssaldo	- 0	- 0	+ 0
EU-Finanzierung			
Ausgaben	45	46	47 ½
Einnahmen	45	46	47 ½
Finanzierungssaldo	0	0	0
Versorgungsrücklage			
Ausgaben	0	0	0
Einnahmen	0	½	½
Finanzierungssaldo	+ 0	+ ½	+ ½
Sonderrechnungen zusammen			
Ausgaben	83 ½	83	83
Einnahmen	82 ½	86	85
Finanzierungssaldo	- 1 ½	+ 3	+ 2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

5. Wie hoch beziffert sich das strukturelle Defizit sowie das konjunkturelle Defizit beim Bund sowie im öffentlichen Gesamthaushalt in den Jahren 1997 bis 2000?

Zur Ermittlung des strukturellen bzw. konjunkturellen Defizits existieren unterschiedliche Konzepte, die eine eindeutige Aussage über dessen absolute Höhe nicht zulassen. In Deutschland hat sich in der Vergangenheit insbesondere der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) mit der Berechnung struktureller Defizite beschäftigt.

Rechenergebnisse des SVR hinsichtlich der Entwicklung des strukturellen Defizits sind zuletzt im Jahresgutachten 1998/1999 veröffentlicht worden. Im Jahresgutachten 1999/2000 verzichtete der Rat auf entsprechende Angaben, da aufgrund der im vergangenen Jahr vollzogenen Umstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die zur Berechnung des strukturellen Defizits erforderliche Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials nach dem bisherigen Verfahren vorübergehend nicht mehr vorliegt. Überschlägige Berechnungen ergeben jedoch, dass sich das strukturelle Defizit im Jahr 1999 weiter vermindert haben dürfte.

6. Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die angestrebte Normalneverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und wie begründet sie diese Veranschlagung?

Im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verpflichteten sich die Partnerstaaten, ihre Haushalte mittelfristig (nahezu) auszugleichen („close to balance“) oder Überschüsse zu realisieren. Damit soll ein hinreichender Sicherheitsabstand zu der Obergrenze für das Staatsdefizit nach dem Vertrag von Maastricht (3 % des Bruttoinlandsprodukts) eingehalten werden. So werden zugleich die Voraussetzungen dafür geschaffen, in konjunkturellen Schwächephasen die automatischen Stabilisatoren des Budgets wirken lassen zu können.

Nach dem aktualisierten deutschen Stabilitätsprogramm wird für das Jahr 2001 ein Staatsdefizit von 1 ½ %, für 2002 von 1 % und für 2003 von ½ % des BIP erwartet.

Damit die nachfolgenden Generationen die Lasten des demographischen Wandels tragen können, ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, sie nicht zusätzlich mit einer überbordenden Staatsverschuldung zu belasten. Die Bundesregierung strebt deshalb an, bis 2006 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen und in den darauf folgenden Jahren die Verschuldung Schritt für Schritt zurückzuführen.

7. Wie hoch beziffern sich für die Jahre 1997 bis 2000 jeweils
- die private Ersparnis, absolut
 - die private Sparquote
 - das Kapitalmarktaufkommen
 - der Kapitalexport
 - der Kapitalimport
 - der Anteil der Brutto- und Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushaltes am Kapitalmarktaufkommen?

Die gewünschten Angaben ergeben sich aus der folgenden Übersicht (für 2000 liegen noch keine Angaben vor):

	1997	1998	1999
Ersparnis privater Haushalte (Mrd. DM)	244,6	245,7	241,2
Sparquote privater Haushalte (in v.H.) ¹⁾	10,4	10,1	9,7
Kapitalmarktaufkommen ²⁾	760,4	1.138,2	1.255,2
Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland	385,6	569,9	650,1
Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland	384,5	587,1	609,9
Anteil der Bruttokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte am Kapitalmarktaufkommen (ohne Sozialversicherungen - in v.H.)	61,0	22,2	12,5
Anteil der Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte am Kapitalmarktaufkommen (ohne Sozialversicherungen - in v.H.)	13,0	5,6	3,9

Kreditaufnahme in Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes, sonst Abgrenzungen der Deutschen Bundesbank.

¹⁾ Ersparnis in v. H. des verfügbaren Einkommens.

²⁾ Summe der Geldvermögensbildung der inländischen nicht-finanziellen Sektoren und des Auslands zuzüglich des Finanzierungssaldos des inländischen finanziellen Sektors.

8. Wie hoch beziffern sich für die Jahre 1997 bis 2000
- der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushaltes
 - die Defizitquote des öffentlichen Gesamthaushaltes
 - die einzelnen Umrechnungspositionen zwischen Finanzstatistik und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung
 - das Staatsdefizit
 - die Staatsdefizitquote
 - das Bruttoinlandsprodukt?

Die gewünschten Auskünfte ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Finanzierungssalden 1997 bis 1999

	1997	1998	1999
In Abgrenzung der Finanzstatistik: Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts			
- in Mrd. DM	- 94,1	- 54,4	- 54,9
- in v.H. des BIP	- 2,6	- 1,4	- 1,4
Umrechnungsrechnungs- posten (Mrd. DM) ¹⁾			
• Insgesamt	- 5,9	- 17,9	- 1,7
• Finanzielle Transaktionen	•	- 23,1	- 18,0
• Rest	•	5,2	16,3
In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen: Finanzierungssaldo			
• der Gebietskörperschaften			
- in Mrd. DM	- 100,0	- 72,3	- 56,6
• der Sozialversicherungen			
- in Mrd. DM	3,5	7,8	15,8
• des Staatssektors			
- in Mrd. DM	- 96,5	- 64,5	- 40,9
- in v.H. des BIP	- 2,6	- 1,7	- 1,1
<u>nachrichtlich:</u> Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	3.666,6	3.784,2	3.877,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Umrechnungspositionen zwischen dem Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts (finanzstatistische Abgrenzung) und dem Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Für 1997 liegt keine Aufteilung auf einzelne Umrechnungspositionen vor.

Die aktuelle Projektion (Stand: Finanzplanungsrat Juni 2000) geht für das laufende Jahr von einem Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts (finanzstatistische Abgrenzung) von –72 Mrd. DM (–2 v.H. des BIP) aus.

Der Finanzierungssaldo des Staatssektors (in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) wird, wie bereits im aktualisierten Stabilitätsprogramm mit Stand Januar 2000 unterstellt, –1 vom Hundert des BIP betragen.

9. Wie beziffern sich die Deckungsquoten

- des Bundes
 - der Länder (getrennt nach Ost und West)
 - der Gemeinden (getrennt nach Ost und West)
- in den Jahren 1997 bis 2000?

Die Bedeutung der Deckungsquote ergibt sich aus Artikel 106 Abs. 3 und 4 Grundgesetz als Maßstab für die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Dort wird als Grundsatz der Verteilung der Anteile am Umsatzsteueraufkommen festgestellt, dass Bund und Länder im Rahmen ihrer laufenden Einnahmen gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben haben. Die Umsatzsteuerverteilung stellt eine Variable im Rahmen der Einnahmenverteilung dar, die bei fixierter Aufteilung des Aufkommens der anderen Steuern die Deckungsansprüche von Bund und Ländern zum Ausgleich bringen soll.

Die Deckungsquote stellt das rechnerische Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben der staatlichen Ebenen Bund und Länder dar. Kommunen gelten dabei als Teil der Länder; Finanzströme zwischen Ländern und zwischen Ländern und Kommunen werden konsolidiert.

Die Deckungsquote hat somit ihre Bedeutung im Rahmen der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ebenen Bund und Ländern einschließlich Kommunen. Isolierte Deckungsquoten für einzelne Länder oder Ländergesamtheiten sowie für die kommunale Ebene sind aufgrund zahlreicher methodischer Probleme nicht aussagekräftig.

Die Deckungsquoten von Bund und Ländern einschließlich Gemeinden 1997 bis 2000 sind in der folgenden Übersicht wiedergegeben (Stand Finanzplanungsrat Juni 2000):

Jahr	Bund	Länder einschl. Gemeinden
1997	85,6	93,3
1998	87,6	96,7
1999	89,4	97,8
2000	90 ¹⁾	97 ¹⁾

¹⁾ Projektion.

10. Wie hoch beziffern sich

- die Ausgaben
- die Nettokreditaufnahmen
- die Kreditfinanzierungsquoten

in den einzelnen Bundesländern in den Jahren 1997 bis 2000?

Die gewünschten Angaben sind in der folgenden Tabelle wiedergegeben:

Ausgaben, Nettokreditaufnahme und Kreditfinanzierungsquoten der Länder 1997 bis 2000¹⁾

	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	Bereinigte Ausgaben (Mio. DM)				Nettokreditaufnahme (Mio. DM) ²⁾				Kreditfinanzierungsquote (vH)			
Baden-Württemberg	52.668	56.193	55.975	59.118	2.754	1.673	1.000	2.493	5,2	3,0	1,8	4,2
Bayern	60.070	60.783	61.955	63.894	2.587	1.578	-407	1.373	4,3	2,6	-0,7	2,1
Brandenburg	18.888	19.067	19.233	19.642	1.678	1.567	-381	625	8,9	8,2	-2,0	3,2
Hessen	32.335	32.580	34.727	35.486	2.892	1.429	-941	1.334	8,9	4,4	-2,7	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	14.293	14.336	14.153	14.055	1.485	1.291	432	650	10,4	9,0	3,1	4,6
Niedersachsen	38.620	39.314	39.621	40.920	3.014	2.499	663	2.648	7,8	6,4	1,7	6,5
Nordrhein-Westfalen	86.231	88.078	88.984	93.176	9.431	6.343	2.257	7.090	10,7	7,2	2,5	7,6
Rheinland-Pfalz	21.228	21.410	21.671	22.066	2.035	1.880	1.025	1.551	9,6	8,8	4,7	7,0
Saarland	6.177	6.245	6.267	6.428	-456	-434	-238	67	-7,4	-6,9	-3,8	1,0
Sachsen	30.638	30.072	30.410	31.113	1.410	1.024	492	750	4,6	3,4	1,6	2,4
Sachsen-Anhalt	21.140	20.477	20.125	20.615	3.100	1.834	1.682	1.499	14,7	9,0	8,4	7,3
Schleswig-Holstein	13.955	14.237	14.555	14.735	1.218	1.112	846	973	8,7	7,8	5,8	6,6
Thüringen	18.783	18.933	19.155	19.144	1.950	1.778	1.830	1.590	10,4	9,4	9,6	8,3
Berlin	41.899	41.449	41.184	40.697	5.450	4.800	4.060	3.790	13,0	11,6	9,9	9,3
Bremen	7.871	7.931	8.087	8.021	-29	-222	-1.021	266	-0,4	-2,8	-12,6	3,3
Hamburg	18.424	18.308	18.453	18.643	1.697	1.454	-792	1.638	9,2	7,9	-4,3	8,8
Länder zusammen	472.453	475.693	479.633	492.624	40.216	29.605	10.507	28.336	8,5	6,2	2,2	5,8

¹⁾ Haushalte ohne Krankenhäuser, 1997 und 1998 Ist-Ergebnis, 1999 vorläufiges Ergebnis, 2000 Sollansätze.

²⁾ Einschließlich Sanierungs-Bundesergänzungszuweisungen.

11. Wie haben sich die investiven Ausgaben des Bundes sowie im öffentlichen Gesamthaushalt in den Jahren 1997 bis 2000
- in Relation zu den jeweiligen Gesamtausgaben
 - in Relation zu den jeweiligen tatsächlichen bzw. veranschlagten Nettokreditaufnahmen
- entwickelt?

Die Entwicklung der investiven Ausgaben des Bundes von 1997 bis 2000 wird in der folgenden Übersicht dargestellt:

	1997	1998	1999	2000 ¹⁾
Investive Ausgaben				
• in Mrd. DM	56,4	57,1	56,0	57,5
• in v.H. der Gesamtausgaben	12,8	12,5	11,6	12,0
• in v.H. der Nettokreditaufnahme	88,5	101,2	109,6	116,2
<u>nachrichtlich:</u>				
Soll der investiven Ausgaben in v.H. des Ansatzes der Nettokreditaufnahme	82,9	103,0	108,8	x

¹⁾ Soll gemäß Haushaltsplan 2000.

Die Entwicklung der investiven Ausgaben im Öffentlichen Gesamthaushalt von 1997 bis 2000 wird in der folgenden Übersicht dargestellt:

	1997	1998	1999	2000 ¹⁾
Investive Ausgaben				
• in Mrd. DM	160,3	158,1	155,2	156
• in v.H. der Gesamtausgaben	14,4	14,0	13,3	13 ½
• in v.H. der Nettokreditaufnahme	161,8	247,5	313,8	•

¹⁾ Projektion.

12. Wie hoch beziffern sich beim Bund die aus dem jeweiligen Vorjahr übertragenen Kreditermächtigungen für die Jahre 1997 bis 2000?

Die nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen betragen zum Jahresanfang

1997 3,1 Mrd. DM,
 1998 10,2 Mrd. DM,
 1999 10,2 Mrd. DM,
 2000 12,6 Mrd. DM.

13. Wie hoch beziffern sich die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank in den Jahren 1997 bis 2000 und wie viel floss davon in den Bundeshaushalt?

Die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank in den Jahren 1997 bis 2000 hatten folgende Höhe (Mrd. DM):

Haushaltsjahr	Verwendung zur Ausgabenfinanzierung	Zuführung an den Erblastentilgungsfonds	Insgesamt
1997	7,0	1,8	8,8
1998	7,0	17,2	24,2
1999	7,0	9,2	16,2
2000	7,0	0,6	7,6

14. Wie hoch beziffert sich in den Jahren 1997 bis 2000 der Schuldenstand (zuzüglich kommunaler und wohnungswirtschaftlicher Altschulden Ost)
- des Bundes
 - der Länder (getrennt nach Ost und West)
 - der Gemeinden (getrennt nach Ost und West)
 - der Zweckverbände
 - des ERP-Sondervermögens
 - des Fonds „Deutsche Einheit“
 - des Erblastentilgungsfonds
 - des Entschädigungsfonds
 - des Bundeseisenbahnvermögens
 - des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie
 - des öffentlichen Gesamthaushaltes?

Die Entwicklung der öffentlichen Schulden von 1997 bis 2000 wird in der folgenden Tabelle wiedergegeben. Die Altschulden wurden in den Erblastentilgungsfonds übernommen.

Entwicklung der öffentlichen Schulden 1997 bis 2000 (Mrd. DM)¹⁾

	1997	1998	1999 ⁵⁾	2000 ⁶⁾
Öffentliche Haushalte zusammen	2.188,7	2.256,4	2.313,9	2.388 ½
Bund	899,1	954,4	1.385,3	1.433
Länder (West) ²⁾	498,1	519,4	529,8	545
Länder (Ost) ²⁾	88,2	96,3	101,3	107
Gemeinden (West) ³⁾	138,3	135,8	133,7	132 ½
Gemeinden (Ost) ³⁾	29,1	30,1	30,5	30 ½
Zweckverbände	20,2	20,8	23,2	23
Sonderrechnungen zusammen ⁴⁾	515,8	499,7	110,0	118
ERP-Sondervermögen	33,6	34,1	31,3	37 ½
Fonds „Deutsche Einheit“	79,7	79,3	78,4	78
Entschädigungsfonds	0,1	0,1	0,3	2 ½
Bundeseisenbahnvermögen	77,3	77,2	•	•
Erblastentilgungsfonds	322,0	305,0	•	•
Steinkohlefonds	3,2	4,0	•	•

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

2) Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

3) Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

4) ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

5) Vorläufig.

6) Projektion (Stand Juli 2000).

15. Wie hoch beziffert sich die Verschuldung in Prozent des BIP sowie pro Kopf in den Jahren 1997 bis 2000 für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie für die Gesamtheit der in Frage 14 aufgeführten Institutionen?

Die Entwicklung der öffentlichen Schulden in Prozent des BIP wird in der folgenden Tabelle wiedergegeben:

Entwicklung der öffentlichen Schulden in Prozent des BIP 1997 bis 2003¹⁾

	1997	1998	1999 ⁴⁾	2000 ⁵⁾	2001 ⁵⁾	2002 ⁵⁾	2003 ⁵⁾
Öffentliche Haushalte insg.	59,7	59,6	59,7	59 ½	59	58 ½	57
Bund	24,5	25,2	35,7	36	35 ½	35	34
Länder	16,0	16,3	16,3	16 ½	16 ½	16 ½	16
Gemeinden ²⁾	4,5	4,4	4,2	4	4	4	3 ½
Sonderrechnungen ³⁾	14,1	13,2	2,8	3	3	3	3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

- 2) Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.
 3) ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998), Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.
 4) Vorläufig.
 5) Projektion (Stand Juli 2000).

Die Entwicklung der öffentlichen Schulden in DM je Einwohner wird in der folgenden Tabelle wiedergegeben:

Entwicklung der öffentlichen Schulden in DM je Einwohner 1997 bis 2003¹⁾

	1997	1998	1999 ⁴⁾	2000 ⁵⁾	2001 ⁵⁾	2002 ⁵⁾	2003 ⁵⁾
Öffentliche Haushalte insg.	26.670	27.510	28.170	29.100	30.100	30.900	31.500
Bund	10.960	11.640	16.870	17.400	18.000	18.400	18.800
Länder	7.140	7.500	7.680	7.900	8.300	8.600	8.800
Gemeinden ²⁾	2.200	2.180	2.150	2.100	2.200	2.200	2.100
Sonderrechnungen ³⁾	6.290	6.090	1.340	1.400	1.500	1.500	1.500

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

- 1) Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen); gerundet.
 2) Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.
 3) ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.
 4) Vorläufig.
 5) Projektion (Stand Juli 2000), auf Hundert DM gerundet.

16. Wie hoch wird nach Schätzung der Bundesregierung die Verschuldung in Prozent des BIP sowie pro Kopf für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie für die Gesamtheit der in Frage 14 aufgeführten Institutionen in den Jahren 2001 bis 2003 erwartet?

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus der Antwort zur vorhergehenden Frage.

17. Wie hoch beziffern sich die ausgebrachten Verpflichtungen für die Übernahme bzw. den Erwerb privat finanzierter Bundesautobahnen, Bundesfernstraßen und Schienenstrecken, insgesamt und nach einzelnen Maßnahmen?

Im Einzelplan 12 Kapitel 12 10 sind für den Erwerb privat finanzierter Bundesautobahnen und Bundesstraßen bis einschließlich 1999 Verpflichtungen von knapp 8 Mrd. DM eingegangen worden. Der Bundeshaushalt 2000 enthält darüber hinaus Verpflichtungsermächtigungen von 377 Mio. DM.

Es handelt sich um folgende Einzelmaßnahmen:

a) Titel 822 12 – Erwerb privat finanzierter Bundesautobahnabschnitte

Bis einschließlich 1999 wurden folgende Verpflichtungen eingegangen:

Projekt	Mio. DM
A 7 Elbtunnelröhre Hamburg	1.532,865
A 8 Borg/Perl – Merzig/Wellingen	291,035
A 44 Rheinquerung Ilverich	685,668
A 60 Bitburg – Wittlich	900,485
A 81 Engelbergtunnel	1.332,272
A 93 Hof – Mitterteich	849,838

Im Bundeshaushaltsplan 2000 ist eine Verpflichtungsermächtigung von 95,2 Mio. DM zur Abdeckung von Kostenerhöhungen beim Projekt Engelbergtunnel ausgebracht.

b) Titel 822 22 – Erwerb privat finanzierter Bundesstraßen

Bis einschließlich 1999 wurden folgende Verpflichtungen eingegangen:

Projekt	Mio. DM
B 2 Ortsumgehung (OU) Kaisheim	26,438
B 2 n OU Farchant	479,702
B 5 OU Wustermark	112,477
B 6 BAB A 9 bis Stadtgrenze Leipzig	93,010
B 10 Ausbau Pirmasens	32,396
B 30 OU Baidt – Ravensburg	102,238
B 31 OU Freiburg/Ost	389,064
B 51 OU Münster	24,903
B 51 Querspange Besseringen	41,626
B 62 OU Biedenkopf/Wallau	84,320
B 82 OU Schladen	32,865
B 83 OU Blankenau	17,111
B 85/281 OU Saalfeld	47,729
B 105 OU Bentwisch	71,694
B 173 OU Selbitz	29,516
B 188 OU Gardelegen	40,801
B 254 OU Schwalmtal-Brauerschwend	43,223
B 426 OU Ober-Ramstadt	29,043
B 433 OU Kaltenkirchen	19,288
B 437 Weserquerung	646,969

Im Bundeshaushaltsplan 2000 sind folgende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

Projekt	Mio. DM
B 62 OU Biedenkopf/Wallau	182,064
B 457 OU Hungen	32,545
B 437 Weserquerung (Kostenerhöhung)	67,500

c) Neu- und Ausbau der Schienenstrecke Nürnberg–Ingolstadt–München

Für dieses Projekt sind keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht worden. § 29 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1996 ermächtigte das damalige Bundesministerium für Verkehr, eine Finanzierungsvereinbarung zu schließen. Die aus der Vereinbarung resultierende Belastung des Bundeshaushalts beläuft sich auf rd. 9,3 Mrd. DM.

18. Wie hoch beziffern sich die Schulden der Länder und Gemeinden aus Kreditmarktmitteln 1997 bis 2000 für die einzelnen Länder

- absolut
- in DM je Einwohner
- mit den jährlichen Veränderungsdaten?

Die gewünschten Angaben sind in der folgenden Tabelle enthalten. Für 2000 liegen noch keine Daten vor.

Schulden der Länder und Gemeinden aus Kreditmarktmitteln 1997 bis 1999¹⁾

	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	- in Mio. DM -			- jährl. Veränderung (vH) ²⁾ -			- in DM je Einwohner ³⁾ -		
Baden-Württemberg	68.281	69.279	70.136	2,0	1,5	1,2	6.570	6.656	6.711
Bayern	58.896	60.192	59.870	6,5	2,2	-0,5	4.885	4.988	4.941
Brandenburg	24.689	26.258	26.968	9,3	6,4	2,7	9.638	10.174	10.402
Hessen	57.713	58.472	57.162	5,2	1,3	-2,2	9.569	9.693	9.459
Mecklenburg-Vorpommern	15.359	16.900	17.880	15,3	10,0	5,8	8.459	9.371	9.962
Niedersachsen	80.078	81.499	81.534	3,7	1,8	0,0	10.224	10.380	10.349
Nordrhein-Westfalen	187.729	193.005	195.258	5,1	2,8	1,2	10.451	10.741	10.858
Rheinland-Pfalz	40.088	41.642	43.119	6,3	3,9	3,5	9.998	10.363	10.704
Saarland	15.153	14.650	14.526	-3,6	-3,3	-0,8	13.995	13.602	13.545
Sachsen	28.717	30.040	29.995	8,0	4,6	-0,2	6.329	6.665	6.701
Sachsen-Anhalt	26.718	29.226	31.312	11,1	9,4	7,1	9.842	10.864	11.755
Schleswig-Holstein	32.088	32.979	33.860	5,0	2,8	2,7	11.670	11.947	12.224
Thüringen	21.869	23.951	25.676	11,2	9,5	7,2	8.801	9.695	10.454
Berlin	53.042	57.543	61.620	8,9	8,5	7,1	15.390	16.839	18.161
Bremen	16.950	16.612	15.811	1,7	-2,0	-4,8	25.068	24.769	23.737
Hamburg	28.611	29.199	30.640	2,2	2,1	4,9	16.763	17.168	18.005
Länder zusammen	755.981	781.447	795.367	5,5	3,4	1,8	9.212	9.527	9.689

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Finanzstatistik (Fachserie 14 Reihe 5 des Statistischen Bundesamtes, „Schulden der öffentlichen Haushalte“); einschl. Schulden bei Sozialversicherungen (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger, öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen); ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte; ohne Anlei-

hestücke im Bestand der Emittenten; ohne Schulden, für die lediglich der Schuldendienst übernommen wird; Schulden der Gemeinden 1997 einschl. Schulden der kommunalen Krankenhäuser, ab 1998 ohne Schulden der kommunalen Krankenhäuser, 1999 vorläufig.

2) Veränderungsrate des absoluten Schuldenstands.

3) Einwohner jeweils zum 30. Juni eines Jahres.

19. Wie hoch beziffern sich die Schulden der Gemeinden aus Kreditmarktmitteln 1997 bis 2000 für die einzelnen Länder

- absolut
- in DM je Einwohner
- mit den jährlichen Veränderungsdaten?

Die gewünschten Angaben sind in der folgenden Tabelle enthalten. Für 2000 liegen noch keine Daten vor.

Schulden der Gemeinden aus Kreditmarktmitteln 1997 bis 1999¹⁾

	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	- in Mio. DM -			- jährl. Veränderung (vH) ²⁾ -			- in DM je Einwohner ³⁾ -		
Baden-Württemberg	15.722	14.372	14.290	-4,7	-8,6	-0,6	1.513	1.381	1.367
Bayern	24.158	23.936	24.122	3,1	-0,9	0,8	2.004	1.984	1.991
Brandenburg	3.484	3.493	3.552	2,4	0,3	1,7	1.360	1.353	1.370
Hessen	17.306	16.792	15.602	-4,2	-3,0	-7,1	2.869	2.784	2.582
Mecklenburg-Vorpommern	3.716	3.837	3.981	5,7	3,3	3,8	2.046	2.128	2.218
Niedersachsen	17.711	16.865	16.137	-1,5	-4,8	-4,3	2.261	2.148	2.048
Nordrhein-Westfalen	50.982	49.482	48.953	-0,2	-2,9	-1,1	2.838	2.754	2.722
Rheinland-Pfalz	8.257	7.860	8.105	2,4	-4,8	3,1	2.059	1.956	2.012
Saarland	2.219	2.153	2.087	-4,4	-3,0	-3,1	2.049	1.999	1.946
Sachsen	10.552	10.830	10.770	7,5	2,6	-0,6	2.325	2.403	2.406
Sachsen-Anhalt	5.693	6.028	6.313	7,7	5,9	4,7	2.097	2.241	2.370
Schleswig-Holstein	4.182	4.248	4.442	4,0	1,6	4,6	1.521	1.539	1.604
Thüringen	5.751	5.925	5.879	2,9	3,0	-0,8	2.314	2.398	2.394
Flächenländer zus.	169.733	165.821	164.233	0,4	-2,3	-1,0	2.227	2.175	2.152

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Finanzstatistik (Fachserie 14 Reihe 5 des Statistischen Bundesamtes, „Schulden der öffentlichen Haushalte“); einschl. Schulden bei Sozialversicherungen (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger, öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen); ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte; ohne Anleihenstücke im Bestand der Emittenten; ohne Schulden, für die lediglich der Schuldendienst übernommen wird; Schulden der Gemeinden 1997 einschl. Schulden der kommunalen Krankenhäuser, ab 1998 ohne Schulden der kommunalen Krankenhäuser, 1999 vorläufig.

2) Veränderungsrate des absoluten Schuldenstands.

3) Einwohner jeweils zum 30. Juni eines Jahres.

20. Wie hoch beziffern sich die Zinsausgaben (einschließlich Zinserstattungen)
- des Bundes
 - der Länder (getrennt nach Ost und West)
 - der Gemeinden (getrennt nach Ost und West)
 - der Zweckverbände
 - des ERP-Sondervermögens
 - des Fonds „Deutsche Einheit“
 - des Erblastentilgungsfonds
 - des Entschädigungsfonds
 - des Bundeseisenbahnvermögens
 - des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie
 - des öffentlichen Gesamthaushaltes
- in den Jahren 1997 bis 2000 und wie hoch werden sie in den Jahren 2001 bis 2003 sein, absolut und in DM pro Einwohner?

Über die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1997 bis 2003 gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Zinsausgaben¹⁾ der öffentlichen Haushalte 1997 bis 2003

	1997	1998	1999	2000 ⁴⁾	2001 ⁴⁾	2002 ⁴⁾	2003 ⁴⁾
Bund							
Zinsausgaben (Mrd. DM) ²⁾	53,4	56,2	80,4	77 ½	81 ½	85 ½	89
DM je Einwohner	650	680	980	900	1.000	1.000	1.100
<u>nachrichtlich:</u>							
Zinsen plus Zins- erstattungen ³⁾ (Mrd. DM)	78,7	79,1	81,5	78 ½	83	87	90
DM je Einwohner	960	960	1.000	900	1.000	1.100	1.100
Länder (West)							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	28,9	29,5	30,0	31	32	33 ½	34 ½
DM je Einwohner	430	440	450	500	500	500	500
Länder (Ost)							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	6,1	6,7	7,1	7 ½	8	8 ½	8 ½
DM je Einwohner	390	440	470	500	500	600	600
Gemeinden (West)							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	9,2	9,0	8,5	8 ½	8	8 ½	8 ½
DM je Einwohner	150	140	140	100	100	100	100
Gemeinden (Ost)							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	1,7	1,7	1,7	1 ½	1 ½	2	2
DM je Einwohner	120	120	120	100	100	100	100
ERP-Sondervermögen							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	2,5	2,5	2,5	2 ½	2 ½	3	3 ½
Fonds „Deutsche Einheit“							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	6,2	5,9	5,8	6	5 ½	4 ½	3 ½
Erblastentilgungsfonds							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	18,2	16,4	–	–	–	–	–
Entschädigungsfonds							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	–	–	–	–	–	–	–
Bundeseisenbahnvermögen							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	5,2	5,1	–	–	–	–	–
Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	0,1	0,1	0,1	–	–	–	–
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	131,6	133,1	136,2	134	139 ½	145	149 ½
DM je Einwohner	1.600	1.620	1.660	1.600	1.700	1.800	1.800
<u>nachrichtlich:</u>							
Zweckverbände							
Zinsausgaben (Mrd. DM)	510	•	•	•	•	•	•

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Zinsausgaben an andere Bereiche.

2) Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

3) Ohne Länder- und Gemeindenanteil der Zinserstattungen an den Fonds „Deutsche Einheit“.

4) Schätzung; auf 100 DM gerundet.

21. Wie beziffern sich die Zinserstattungen aus dem Bundeshaushalt an die einzelnen Sondervermögen in den Jahren 1997 bis 2000 und wie werden sie sich in den Jahren 2001 bis 2003 entwickeln?

Über die Zinserstattungen aus dem Bundeshaushalt 1997 bis 2003 gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Zinserstattungen aus dem Bundeshaushalt 1997 bis 2003 (Mrd. DM)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Fonds „Deutsche Einheit“							
insgesamt	6,2	5,9	5,8	6	5 ½	4 ½	3 ½
ohne Anteil der Länder und Gemeinden	1,7	1,3	1,2	1	1 ½	1 ½	1
Bundeseisenbahnvermögen	5,2	5,1	–	–	–	–	–
Erblastentilgungsfonds	18,2	16,4	–	–	–	–	–
Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes	0,1	0,1	0,1	–	–	–	–

22. Wie hoch ist der Anteil der Zinsausgaben (einschließlich der Zinserstattungen) an den Gesamtausgaben (Zinslastquote) sowie der Anteil der Zinsausgaben (einschließlich der Zinserstattungen) an den Steuereinnahmen (Zinssteuerquote) in den Jahren 1997 bis 2000
- des Bundes
 - der Länder (getrennt nach Ost und West)
 - der Gemeinden (getrennt nach Ost und West)
 - der Zweckverbände
 - des ERP-Sondervermögens
 - des Fonds „Deutsche Einheit“
 - des Erblastentilgungsfonds
 - des Entschädigungsfonds
 - des Bundeseisenbahnvermögens
 - des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie
 - des öffentlichen Gesamthaushaltes?

Die gewünschten Angaben ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Zins-Quoten 1997 bis 2000 (in v. H.)

	1997	1998	1999	2000 ⁵⁾
Bund¹⁾				
Zins-Ausgaben-Quote	12,1	12,3	16,6	16
dgl. einschl. -erstattungen ²⁾	17,8	17,3	16,9	16 ½
Zins-Steuer-Quote	16,1	16,4	21,4	20
dgl. einschl. -erstattungen ²⁾	23,8	23,2	21,7	20
Länder (West)				
Zins-Ausgaben-Quote	7,9	8,0	8,1	8
Zins-Steuer-Quote	11,6	11,2	10,8	11
Länder (Ost)				
Zins-Ausgaben-Quote	5,1	5,7	6,1	6 ½
Zins-Steuer-Quote	12,1	12,9	13,1	13 ½
Gemeinden (West)				
Zins-Ausgaben-Quote	4,1	4,0	3,7	3 ½
Zins-Steuer-Quote	11,4	10,3	9,3	9
Gemeinden (Ost)				
Zins-Ausgaben-Quote	3,2	3,3	3,4	3 ½
Zins-Steuer-Quote	25,5	22,5	20,9	21
Sonderrechnungen^{1) 3)}				
Zins-Ausgaben-Quote	49,6	44,9	18,7	21
Öffentlicher Gesamthaushalt				
Zins-Ausgaben-Quote	11,8	11,7	11,7	11 ½
Zins-Steuer-Quote	16,5	16,0	15,4	14 ½
<u>nachrichtlich:</u>				
Zweckverbände⁴⁾				
Zins-Ausgaben-Quote	3,9	•	•	•

1) Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

2) Zinserstattungen sind um den Länder- bzw. Gemeindenanteil an den Zinserstattungen an den Fonds „Deutsche Einheit“ bereinigt.

3) Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, ohne EU-Finanzierung.

4) Zweckverbände werden nur in der Rechnungsstatistik, die bis 1997 vorliegt, erfasst.

5) Schätzung.

23. Wie werden sich nach Schätzung der Bundesregierung die Zinsausgaben, die Zinserstattungen, der Schuldenstand und die Deckungsquote
- beim öffentlichen Gesamthaushalt
 - beim Bund
 - bei den Ländern (getrennt nach Ost und West)
 - bei den Gemeinden (getrennt nach Ost und West)
 - bei den Sonderrechnungen des Bundes
- für die Jahre 2001 bis 2003 entwickeln?

Die Entwicklung der Zinsausgaben und der Zinserstattungen in den Jahren 2001 bis 2003 wird bereits in der Antwort zu den Fragen 20 und 21 dargestellt.

Die folgende Tabelle gibt Auskunft über die Entwicklung der Schulden in den Jahren 2001 bis 2003:

Entwicklung der öffentlichen Schulden 2001 bis 2003 (Mrd. DM)¹⁾

	2001	2002	2003
Öffentliche Haushalte insgesamt	2.472	2.536 ½	2.586
Bund	1.478	1.515 ½	1.545 ½
Länder (West) ²⁾	569	589 ½	605 ½
Länder (Ost) ²⁾	114	118	121
Gemeinden (West) ³⁾	134 ½	133 ½	133 ½
Gemeinden (Ost) ³⁾	31 ½	31	30 ½
Sonderrechnungen ⁴⁾	122 ½	125 ½	126 ½

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kas-
senverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

²⁾ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

³⁾ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴⁾ ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds.

Eine Projektion der Deckungsquoten von Bund und Ländern einschließlich Gemeinden 2001 bis 2003 wird in der folgenden Übersicht wiedergegeben (be-
züglich der Ebenenaufteilung wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen):

Jahr	Bund	Länder einschl. Gemeinden
2001	90 ½	95
2002	91	96 ½
2003	93 ½	97 ½

24. Wie hoch beziffern sich die Einnahmen des Bundes in den Jahren 1997 bis 2000 aus dem Verkauf von Schuldentiteln (Agio)?

Eine Zusammenfassung der Einnahmen aus Agio findet sich in folgender Übersicht:

Jahr	Einnahmebetrag (DM) ¹⁾
1997	1.446.533.484,19
1998	1.828.746.665,93
1999	676.949.998,46
2000 (Stand 14. Juni)	398.227.402,43

¹⁾ Diese Beträge werden mit den Ausgaben aus Unter-Pari-Verkauf (Disagio) in Kapitel 32 05 Titel 575 09 saldiert

25. Welche Einnahmen in welcher Höhe flossen in diesen Jahren darüber hinaus den einzelnen Schuldendiensttiteln zu?

Eine Zusammenfassung der Einnahmen aus Stückzinsen findet sich in folgender Übersicht (in DM). Weitere Einnahmen entstanden nicht.

Jahr	Zinsen für Anleihen (Kap./Titel 3205 575 01)	Zinsen für Schatzbriefe (Kap./Titel 3205 575 02)	Zinsen für Obligationen (Kap./Titel 3205 575 03)	Zinsen für Schatz- anweisungen (Kap./Titel 3205 575 05)
1997	776.155.732,65	71.969.125,56	762.537.687,20	43.250.581,29
1998	958.882.894,97	26.819.809,17	743.165.725,17	71.131.074,01
1999	610.332.290,74	5.549.660,86	341.694.193,69	57.642.585,31
2000 ¹⁾	358.197.601,10	9.683.236,07	319.527.430,54	20.903.086,72

¹⁾ Stand: 14. Juni 2000

26. Wie hoch beziffert sich das Finanzergebnis der einzelnen Sozialversicherungszweige in den Jahren 1997 bis 2000?

Die Finanzierungssalden der Sozialversicherungszweige von 1997 bis 2000 werden in der folgenden Tabelle in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dargestellt. Die Zahlen für 1997 bis 1999 sind vorläufige Angaben des Statistischen Bundesamtes (in Mrd. DM; Veröffentlichungsstand März 2000), die Angaben für das Jahr 2000 sind Projektionen der Bundesregierung (in Mrd. DM; Berechnungsstand Mai 2000). Die Daten der VGR weichen von den in der Statistik der einzelnen Sozialversicherungszweige ausgewiesenen Werten aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungskriterien ab.

Finanzierungssalden der Sozialversicherungen

	1997	1998	1999	2000
Rentenversicherung	0,5	0,0	8,5	0
Krankenversicherung	1,7	4,5	4,8	½
Arbeitslosenversicherung	- 1,9	0,6	0,0	0
Unfallversicherung	1,5	2,1	2,2	1 ½
Landwirtsch. Alterskassen	0,1	0,2	0,3	0
Pflegeversicherung	1,5	0,4	0,0	- ½
Sozialversicherung insg.	3,5	7,8	15,8	1 ½

Das Statistische Bundesamt wird voraussichtlich Ende August revidierte Daten für die hier betrachteten Jahre 1997 bis 1999 vorlegen. Dabei sind zum Teil erhebliche Änderungen bei den Finanzierungssalden der einzelnen Sozialversicherungszweige – insbesondere der Krankenversicherung – zu erwarten. Die hier angegebenen Werte müssen daher mit entsprechenden Vorbehalten betrachtet werden.

27. Wie hoch beziffert sich nach Schätzung der Bundesregierung das Finanzergebnis der einzelnen Sozialversicherungszweige in den Jahren 2001 bis 2003?

Die Projektion der Finanzierungssalden der Sozialversicherungszweige für die Jahre 2001 bis 2003 wird in der folgenden Tabelle dargestellt (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Angaben in Mrd. DM; Berechnungsstand Mai 2000):

Finanzierungssalden der Sozialversicherungen

	2001	2002	2003
Rentenversicherung	6	3	3 ½
Krankenversicherung	0	0	0
Arbeitslosenversicherung	0	1 ½	3 ½
Unfallversicherung	1 ½	1 ½	1 ½
Landwirtsch. Alterskassen	0	0	0
Pflegeversicherung	- 1	- ½	0
Sozialversicherung insg.	6 ½	5 ½	8 ½